

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kioskbetrieben

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abzugspreis: die monatlich gelieferte Kopierzahl oder deren
Summe 20 Pf., für Familienangehörige 25 Pf., für die Kellerecke (anlässlich
an den dreifachen Teil einer Zeile) 1,50 RM. Anzeigenannahme nur
von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-U. 1, Güterbahnhofstr. 2

Abzugspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im Voraus), durch
die Post 2,20 RM (ohne Jubiläum). Die „Arbeiterstimme“ erscheint tägli-
ch, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt bleibt kein
Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-U. Geschäftsstelle und Redak-
tion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 159. Postfach 150. Dresden 15 000.
Sprechstunden: Montags 16-18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17-18 Uhr
betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 16-18 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 23. September 1930

Nummer 222

Der Generalplan des Faschismus im Kampf gegen den Kommunismus

Nicht „Kampf um Freiheit und Brot“, sondern Organisation des weißen Terrors gegen die Arbeiter / Bündnis mit Reichswehr und Polizei, Streikbrecherzellen in den Betrieben, Ausbau der Arbeitermordorganisationen, — so will Hitler den Kapitalismus vor der Revolution retten / Arbeiter, heraus zum Gegenangriff!

Berlin, 23. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Die rote Fahne ist in der Lage, den Inhalt einer Zeitschrift des Theoretikers der KPD, Alfred Rosenbergs, der im Auftrag Hitlers über die nächsten Aufgaben der KPD schreibt, zu veröffentlichen. Die Methoden des faschistischen Angriffs in der gegenwärtigen Situation sind nach Rosenberg:

1. Die Durchdringung des gesamten Staatsapparates mit Faschisten. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Regierungsbeteiligung betrachtet. Jedes Amt muß in den Dienst des weiteren Ausbaus des Machtapparates gestellt werden.
2. Verhärtete Arbeit innerhalb der Reichswehr und Polizei. Eine Revolution macht man nicht gegen die Arme, sondern mit der Arme.
3. Weitere Ausbildung der Methoden der „Gewalt“ durch Erweiterung der Stoßtrupps und deren weitere Bewaffnung, um den Machtkampf vorzubereiten.
4. Unvergütliche Gründung breiter „überparteilicher“ „Machtkampfbataillone“, um die Millionen Wähler organisatorisch zu erfassen. Gelingt nicht die Gründung gemeinschaftlicher Organisationen, dann muß die Organisation gewerkschaftlicher Verbände mit betrieblicher Grundlage sofort in Angriff genommen werden.

Rosenberg warnt vor Putsch und fordert eine auf lange Sicht berechnete Politik. Er erinnert an die „Revolutionen“, die dem Faschismus eigen ist, und stellt als das wichtigste tatsächliche Problem die Koordination der beiden Methoden des gegenwärtigen Augenblicks hin: der „Durchdringung“ und der „Gewalt zur Eroberung der Macht“.

Ausführlich analysiert Rosenberg die Form der direkten „Macht“, die die Heranbildung der „Elite“ innerhalb der KPD zu beschleunigen habe; denn nur eine bewaffnete Minorität könne im entscheidenden Augenblick, gestützt auf die große, aber amorphe und schwerfällige Masse, die Macht über Staat und Wirtschaft ergreifen. Die Vorbereitungen müßten um so schneller durchzuführen werden; denn die Situation könne sich sehr schnell ändern.

Vor der Wirtschaftskrise wären unsere Kräfte im Kampf um den Staat zerschmettert worden. Nach der Krise dagegen, wo sich der Feind in der Zwischenzeit eine Blöße nach der anderen gibt, können wir eine unwiderstehliche Macht entfalten und dem Gegner eine vernichtende Verfolgungsschlacht liefern.

In einem besonderen Abschnitt erläutert Rosenberg die Methoden der Durchdringung der Betriebe. Nachdem auf die Hilfe hingewiesen, die dem Faschismus von der Sozialdemokratie durch die Zerlegung der Arbeiterschaft geleistet und die KPD als einziger wirklicher Gegner bezeichnet

wird, werden die Einzelheiten angeführt: Zunächst müsse in jedem Großbetrieb die Bildung unsichtbarer Zellen vorgenommen werden, die nicht stärker als 3-4 Mann sein dürften. Erst wenn diese Vorarbeit im Betrieb geleistet sei, dürfe die „Propaganda von außen“ einsetzen.

Die neuen Methoden der Durchdringung für Thüringen sind folgendermaßen vorgesehen: Überall, wo die Arbeiter nicht bezeugt werden können, müssen neben die staatlichen Organe, besonders wenn es die Polizei ist, schon jetzt Faschisten gesetzt werden. Dadurch erst würden die Vorbereitungen „für die schnelle Machtübernahme“ geschaffen werden. Rosenberg fordert die Propagierung „militärischer Gewalt“ in der Öffentlichkeit.

Verstärkter Terror gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und ihre Institutionen, „gleichgültig, ob wir in die Regierung kommen oder nicht“.

Außerdem müßten „Strafbataillone“ organisiert werden. Die Strafbataillone unterscheiden sich von den Stoßtrupps in der Zusammenfassung eigener Verbände, eigener Bewaffnung und kriegsmäßiger Durchführung der Aktion.

Der Einzug habe überraschend zu geschehen und vor allem gegen Arbeiterbezirke mit radikaler Einstellung zu erfolgen.

Am Schluß sagt Rosenberg: „Wir wollen regieren. Das ist alles!“

KPD stimmt ihre eigenen Erwerbslosen- anträge nieder!

Die Wahlbetrüger im Dresdner Stadtparlament gestiftet und entlarvt!

Dresden, den 23. September 1930.

„Hilfe für die Erwerbslosen“ stand in großen Lettern über dem Antrag der Sozialdemokraten, der wenige Tage vor der Reichstagswahl auf der ersten Seite der Dresdner Volkszeitung veröffentlicht und auf rotem Papier gedruckt als Sonderwahlflugblatt verbreitet wurde.

Der Antrag sollte am Montag, dem 15. September (einen Tag nach der Wahl also!) behandelt werden. So schrieb es die Dresdner Volkszeitung selbst. Was geschah? Die SPD stimmte damals in der 23. Stunde für den Schluß der Sitzung. Die Behandlung des Antrages war damit wieder um acht Tage hinausgeschoben.

In der gestrigen Sitzung kam nun der Antrag endlich zur Behandlung. Finsterbuch, der die Aufgabe hatte, ihn zu „begründen“, hütelte sich wohlweislich, auch nur mit einem Worte zu erwähnen, wie denn nun der sozialdemokratische Herr über die häßlichen Finanzen, Dr. Bührer, zu den Forderungen steht, die ihm nach den bisherigen Erfahrungen, die wir mit Bührer machten, zu „lospielig“ sein werden.

Herr Bührer schwieg! Schwieg, wie wir es bereits vor vierzehn Tagen vorausgesagt haben. Aber auch etwas anderes bestätigte sich. Hatten wir vor vierzehn Tagen geschrien, daß die SPD den Antrag nicht in Schlußberatung nehmen werde, so wurde auch diese unsere Voraussage gestern voll auf bestätigt.

Zweimal stimmte die sozialdemokratische Fraktion gegen die sofortige Schlußberatung des eigenen Antrages.

Sie stimmte deshalb dagegen, um Zeit zu gewinnen, um den Antrag nach Monaten in die Dunkelkammer des Ausschusses zu wälzen und um die Durchführung auf den 31. November zu verschieben zu können.

Wäre der Antrag, von dem die SPD vor der Wahl behauptete, daß er eine „faschistische Arbeit“ sei, ein Musterbeispiel dafür, wie ein „positiver“ Antrag aussehen müsse, gestern angenommen worden (und das war sehr wahrscheinlich, denn die Nazis hätten kaum gegen den Antrag stimmen dürfen), dann hätte Herr Dr. Bührer in aller nächster Zeit Farbe bekennen müssen. Dann wäre der

sozialdemokratische Wahlschwindel allzu schnell entlarvt

worden. Deshalb wurde der Antrag in einen Ausschuss verschoben. Deshalb heute die sozialdemokratische Meute, als sie ihr Betrugs-spiel von den Kommunisten durchkreuzt sah.

Die Vorgänge in der gestrigen Sitzung haben hoffentlich auch den in großer Zahl auf den Tribünen anwesenden sozialdemokratischen Erwerbslosen erkennen lassen, mit welcher Strupel-lostigkeit die SPD-Führer ihren Wahlschwindel betreiben und die Erwerbsloseninteressen verraten.

Führt den Gegenstoß!

Dresden, 23. September.

Das hier entwickelte faschistische Aktionsprogramm zeigt unzweideutig das politische Gesicht des Faschismus. „Kampf um Freiheit und Brot, Kampf gegen Younglingerei und kapitalistische Ausbeutung“ — alles Phrasen, Demagogie, um dem Faschismus eine Massenbasis zu sichern. Sein einzig ernst gemeinter Programmpunkt ist die Organisation des weißen Terrors zur Niederwerfung des Kommunismus. Er stützt sich dabei auf die bewaffnete Staatsmacht der Bourgeoisie, auf die legale Einfügung des faschistischen Terrorapparates in die staatlichen Einrichtungen. Parallel mit dieser Verkopplung vollzieht sich der Ausbau der eigentlichen Stoßtrupps. Hierzu gehören militärische Ausbildung, Bewaffnung, zentrale Aufmärsche wie beispielsweise am kommenden Sonntag in Potsdam.

Seiner Ohnmacht im Arbeiterlager bewußt, insbesondere in den Betrieben, soll die Eroberung der Betriebe versucht werden. In die stärksten Positionen der Arbeiterschaft soll, gestützt auf die Hilfe der Unternehmer, der Einbruch verübt werden. Die verheerenden Methoden dieses Angriffs müssen das Proletariat zur verstärkten Wachsamkeit anspornen.

Bezeichnend sind Rosenbergs Ausführungen über den Zeitpunkt des Generalangriffs. Mit dem „Gegner, der sich Blößen geben soll“, ist die Sozialdemokratie gemeint, deren Koalitionspolitik dem Faschismus weiter den Weg ebnet und den Marxismus, den Befreiungskampf des Proletariats, vor den Augen der Kleinbürgerlichen Schichten und auch Teilen der Arbeiter infamieren soll. Das ganze Verbrechen der sozialdemokratischen Koalitionspolitik als Wegbereiter des Faschismus kommt in diesen Äußerungen Rosenbergs zum Ausdruck.

Das Entscheidende für die ganze Strategie des Faschismus ist die Stoßrichtung gegen das revolutionäre Proletariat. Die kommunistische Partei wie alle revolutionären Organisationen der Arbeiterschaft sind das letzte und einzig ernsthafte Angriffsziel der faschistischen Führer. Nur

ihre Zertrümmerung vermag die wankende kapitalistische Herrschaft nach aufrechtzuerhalten. Nicht Sturz der in- und ausländischen Ausbeuter, sondern Vernichtung des Kommunismus, der den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft auf seine Fahne geschrieben hat, ist das Programm der Hitlerpartei.

Das Proletariat wird auf die faschistischen Pläne antworten. Es wird den Wahlbetrüger des 14. September, die angeblich Brot und Freiheit bringen wollten, keine Atempause gestatten. Schlag um Schlag wird es sie vor ihren Anhängern entlarven. Mit dem ideologischen Feldzug gegen den Faschismus wird das Proletariat die Organisation seiner Macht verbinden, Betriebswehren in allen Betrieben, organisierter Massenterror gegen den Betriebsfaschismus, mächtige Entfaltung aller antifaschistischen Wehrorganisationen, Loslösung der SPD-Arbeiter von ihren Führern, den Wegbereitern des Faschismus, so werden wir antworten, so werden wir die Streikbruch- und Mordorganisationen der Hitler besiegen.

Am kommenden Sonntag will Hitler mit seinen Mordorganisationen in Potsdam aufmarschieren. In Verbindung mit der oben wiedergegebenen Denkschrift gewinnt dieser Aufmarsch erhöhte Bedeutung. Die kommunistische Partei Berlins hat deshalb zum kommenden Sonntag zu einem antifaschistischen Großkampftag aufgerufen, zu einem Nielsenaufmarsch im Berliner Lustgarten.

Das Berliner Proletariat wird nicht allein stehen. Ganz Deutschland und nicht zuletzt Sachsen wird mitmachen. Wir rufen auf zu Demonstrationen am kommenden Sonntag abend und Sonntag.

Arbeiter, Antifaschisten, auf die Straße! Nieder der Faschismus, die Schutzgarde der Kapitalisten! Es lebe die kämpfende Einheit des Proletariats! Es lebe der Kommunismus!